

Wirtschaftsweise: Plädoyer für ein Investitionsprogramm

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) prognostiziert in seinem Herbstgutachten eine wirtschaftliche Stagnation im nächsten Jahr. Überraschend sind die finanzpolitischen Empfehlungen des SVR gegen die drohende Krise: Im Gegensatz zu den bisherigen marktradikalen Politikempfehlungen fordert er ein Konjunkturprogramm mit einem Schwerpunkt bei öffentlichen Investitionen von jährlich bis zu 25 Milliarden Euro. Damit liegt er nahe bei der Forderung der IG Metall nach einem Zukunftsinvestitionsprogramm. Im Gegensatz dazu singt er aber bei der Lohnpolitik weiterhin das hohe Lied von Verzicht und Mäßigung.

Die Prognose für Deutschland

Der Sachverständigenrat (SVR) geht für Deutschland im Jahr 2009 von einer **Stagnation der wirtschaftlichen Leistung** aus. Extreme Szenarien und eine Weltwirtschaftskrise wie in den dreißiger Jahren schließt er allerdings aus. Damit liegt der SVR mit seiner Prognose für Deutschland deutlich über der pessimistischen Prognose des IWF (-0,8%) und geringfügig unter der Vorhersage des Herbstgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute und der Bundesregierung (beide +0,2%).

Im laufenden Jahr 2008 erwartet der SVR ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,7 Prozent. Der zeitliche Konjunkturverlauf zeigt sich bei der Betrachtung der Quartalsdaten.

- Die rückläufige Wirtschaftsentwicklung setzte im zweiten Quartal 2008 ein und wird bis ins erste Quartal 2009 andauern.
- Ab dem zweiten Quartal wird mit einer verhaltenen Verbesserung gerechnet.

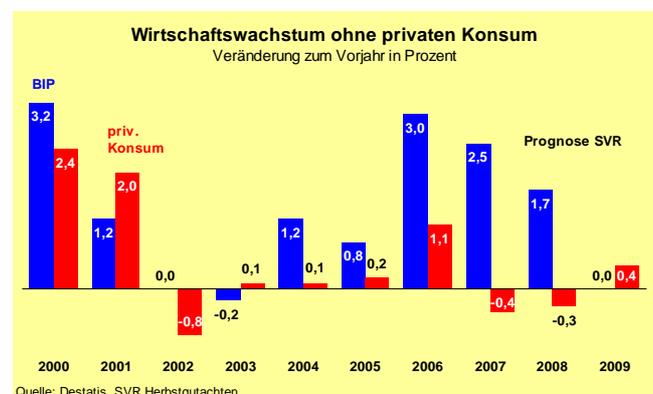
Demnach hätten wir im vierten Quartal des Jahres 2008 den Tiefpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung bereits erreicht. Das ist zweifellos eine sehr optimistische Einschätzung.

Nach der Prognose des SVR wird die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr in erster Linie **von der Binnennachfrage und besonders vom privaten Verbrauch getragen**, die Investitionen werden einen deutlich negativen Wachstumsbeitrag leisten. Vom Außenhandel wird es wegen der globalen Konjunkturabschwächung keine Impulse geben. Der SVR erwartet ein Wachstum der Weltwirtschaft von nur noch 1,8 Prozent, wobei die Schwellenländer mit 6,6 Prozent immer noch recht kräftig wachsen sollen. Die Wirkungen der Finanzkrise stellen sich indirekt über eine Abschwächung der Exporte ein.

Übereinstimmend mit der Analyse der IG Metall stellt der SVR fest, dass die privaten Konsumausgaben seit acht Jahren stagnieren. **Demnach bremsen die schwache Reallohnentwicklung und schwache monetäre Sozialleistungen die Konsumausgaben.** Der gesamte wirtschaftliche Aufschwung fand praktisch ohne eine entsprechende Zunahme des privaten Konsums statt.

Komponenten der wirtschaftlichen Entwicklung (Veränderungsraten in %)		
	2008	2009
Privater Konsum	-0,3	0,4
Staatskonsum	2,0	2,2
Ausrüstungen	5,1	-6,3
Bauten	3,3	-0,5
Exporte	4,2	0,4
Importe	3,4	0,5

Quelle: SVR-Jahresgutachten 2008/09, Prognosen



Für das Jahr 2009 wird ein mäßiger Anstieg der privaten Konsumausgaben erwartet. Er ist bei stagnierender Beschäftigung und steigender Sparquote ausschließlich auf einen stärkeren Anstieg der tariflichen Stundenlöhne als 2008 zurückzuführen.

Für 2008 geht der SVR von einem Anstieg der Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft von 2,5 Prozent aus, deutlich mehr als in den Vorjahren. Für 2009 erwartet er, dass der Anstieg der Tariflöhne etwas über der Tariflohnsteigerung dieses Jahres liegt.

Die Politikempfehlungen des SVR

Besonders interessant am Gutachten sind die Politikempfehlungen zur Konjunkturpolitik und zur Regulierung der Finanzmärkte. So macht der SVR mit seiner Forderung nach einem breit angelegten Konjunkturprogramm eine politische Kehrtwende.

... SVR fordert Konjunkturprogramm

Kernpunkt der finanzpolitischen Politikempfehlungen des SVR ist zum ersten Mal nicht die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. In der aktuellen Situation hält der SVR **wachstumsfördernde Maßnahmen der Politik** für notwendig. Dabei unterscheidet er zwischen ausgabenseitigen und einnahmeseitigen Maßnahmen.

- Bei den **einnahmeseitigen Maßnahmen** bleibt er seiner seit Jahren verfolgten Linie treu: er fordert **Steuersenkungen** sowohl im Bereich des Einkommensteuertarifs als auch der Unternehmensbesteuerung. Konkrete Vorschläge dazu gibt es aber nicht.
- Bei den **ausgabeseitigen Maßnahmen** hat es erheblich Positionsverschiebungen gegeben. Hier liegt der SVR inzwischen dicht bei den Positionen der IG Metall. Er fordert **mehr öffentliche Investitionen**, vor allem für Verkehr, kommunale Infrastruktur und Bildung. Daneben sollen private Investitionen verstärkt gefördert werden.

Ein Konjunkturprogramm sollte nach Einschätzung des SVR mindestens ein Volumen von 0,5 bis ein Prozent des BIP, d.h. bis zu 25 Milliarden Euro aufweisen. Erst bei einem solchen Volumen wird ein ausreichender konjunktureller Impuls ausgelöst. Heftig kritisiert wird das Konjunkturpaket der Bundesregierung. Der SVR sieht darin nur ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen. Der Anteil der öffentlichen Investitionen wird als viel zu gering und das Volumen des Paketes als viel zu klein eingeschätzt.

... SVR fordert Reform der Finanzmärkte

Auch nach Einschätzung des SVR drohte dem Weltfinanzsystem im September 2008 ein systemischer Zusammenbruch, der durch die alternativlosen staatlichen Interventionen vermieden worden ist. Eine systemische Bankenkrise habe das Potential, den gesamten Finanzsektor einer Volkswirtschaft zum Zusammenbruch zu bringen. Da die Bankeinlagen eine deutlich kürzere Laufzeit haben als die von den Banken herausgegebenen Kredite, wäre sehr schnell der Punkt erreicht, bei dem eine ordnungsgemäße Auszahlung von Guthaben nicht mehr möglich wäre. Der SVR begrüßt deshalb, dass die Bundesregierung mit dem deutschen Rettungspaket ein umfassendes Lösungs-

konzept gewählt hat. Der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) müsse nun ein überzeugendes Konzept für ein zukunftsfähiges Finanzsystem vorlegen.

Angesichts des erschreckenden Ausmaßes der momentanen Krise plädiert der SVR für grundlegende Reformen der globalen Finanzmarktarchitektur. Überraschender Weise finden sich viele von der IG Metall seit langem formulierte Forderungen jetzt sogar im SVR-Gutachten.

Lohn-, Tarif- und Arbeitsmarktpolitik

In Fragen der Lohn-, Tarif- und Arbeitsmarktpolitik verharret der SVR in seiner bisherigen **neoliberalen Denkstruktur**. Aus Sicht des SVR habe es in diesem Jahr allenfalls einen Spielraum für Lohnerhöhungen von 1,3 Prozent gegeben. Dementsprechend habe die Lohnpolitik mit einer gesamtwirtschaftlichen Tariflohnsteigerung von 2,5 Prozent überzogen. Die niedrigeren Abschlüsse in den Vorjahren werden ausdrücklich gelobt.

Der SVR verheddert sich dabei in Widersprüche:

- **Konjunkturpolitisch** wird die schwache Reallohnentwicklung als Wachstumsbremse eingeschätzt.
- **Lohnpolitisch** wird die Tariflohnsteigerung aber als überzogen diffamiert.

Woher bei stagnierenden Exporten und stark rückläufigen Investitionen die Nachfrage für Wachstum kommen soll, bleibt rätselhaft. Hier scheinen eher alte neoliberale Reflexe als sachliche Analyse die Triebfeder gewesen zu sein.

Noch weiter verrennt sich der SVR mit seinen Forderungen zur weiteren Deregulierung des Arbeitsmarktes (Streichung des Kündigungsschutzes, strikte Ablehnung von Mindestlöhnen) und einer **Aufweichung der rechtlichen Schutzwirkungen von Tarifverträgen**. Der SVR fordert die Einführung eines Arbeitskampfgesetzes, um die Streikmöglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzuschränken. Mit der Aufweichung des Günstigkeitsprinzips sollen die Schutzwirkungen des Flächentarifvertrages ausgehebelt werden.

Minderheitenvotum gegen Deregulierung

Der SVR vertritt in der Lohn-, Tarif- und Arbeitsmarktpolitik keine einheitliche Meinung. In einem **Minderheitenvotum** spricht sich der Wirtschaftsweise **Peter Bofinger** gegen die weitere Deregulierung in der Lohn- und Arbeitsmarktpolitik aus. Mit einem internationalen Vergleich der Konjunkturentwicklung zeigt er auf, dass die Agenda-Politik in Deutschland keineswegs besondere Arbeitsmarkterfolge aufweisen konnte. Gleichzeitig betont er den Zusammenhang zwischen einer schwachen Lohnentwicklung in Deutschland und der Stagnation des privaten Konsums, was letztlich zu einer relativ schwachen wirtschaftlichen Entwicklung geführt hat. Sein Fazit: das Problem der letzten Jahre sei eine zu geringe Lohnentwicklung.